Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie

Vom _____

Aufgrund des § 32 Satz 1 in Verbindung mit § 28 Absatz 1 Satz 1 und 2 und § 73 Absatz 1a Nummer 24 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Artikel 1 bis 3 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587), verordnet die Landesregierung:

Artikel 1 Änderung der Verordnung zur Bekämpfung der Corona – Pandemie

Die Verordnung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. April 2020 (Amtsbl. I S. 262B) wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

Nach Satz 3 werden die folgenden Sätze 4 bis 6 angefügt:

„Es wird dringend empfohlen, im öffentlichen Raum und insbesondere bei Kontakt mit Risikopersonen eine Mund-Nasenbedeckung zu tragen, um das Risiko von Infektionen zu reduzieren. Außerdem ist auf regelmäßige Händehygiene und die Vermeidung des Hand-Gesichtskontaktes zu achten. Eltern und Sorgeberechtigte sollen dafür Sorge tragen, dass ihre Kinder oder Schutzbefohlenen ab Vollendung des zehnten Lebensjahres diese Empfehlungen auch einhalten, sofern diese dazu in der Lage sind.“

2. Nach § 1 wird folgender § 1a eingefügt:

„§ 1a

Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasenbedeckung

- (1) Bei der Nutzung des öffentlichen Personenverkehrs (Eisenbahnen, Straßenbahnen, Busse, Taxen) sowie an Bahnhöfen und Bushaltestellen sowie in Kundenzentren der Verkehrsunternehmen müssen alle Fahrgäste ab Vollendung des zehnten Lebensjahres eine Mund-Nasenbedeckung tragen, sofern gesundheitliche Gründe nicht entgegenstehen. § 1 Absatz 6 gilt entsprechend. Der Betreiber hat durch geeignete Maßnahmen auf diese Verpflichtung hinzuweisen.
- (2) Während des Aufenthaltes in Betrieben, Ladenlokalen, Wochenmärkten, Einrichtungen oder Anlagen, die nach § 5 Absätzen 1 bis 9 nicht untersagt sind, und in den zugehörigen Wartebereichen, haben Kunden und Besucher ab Vollendung des zehnten Lebensjahres eine

Mund-Nasenbedeckung zu tragen, sofern gesundheitliche Gründe nicht entgegenstehen. § 1 Absatz 6 gilt entsprechend.

3. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Absatz (2) wird wie folgt gefasst:

„Ansammlungen im öffentlichen Raum sind verboten. Das Selbstorganisationsrecht des Landtages, der Gebietskörperschaften und sonstiger Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie die Tätigkeit der Gerichte bleiben hiervon unberührt. Versammlungen im Sinne des Versammlungsgesetzes sind zulässig, sofern sie unter freiem Himmel und als Standkundgebung stattfinden, der Mindestabstand der Teilnehmer nach Absatz 1 sichergestellt wird und besondere infektionsschutzrechtliche Auflagen der zuständigen Behörden beachtet werden.“

b) Absatz 3 Satz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 3 werden die Wörter „sowie Einrichtungen“ gestrichen.

bb) In Nummer 12 wird nach dem Wort „Person“ der Punkt durch ein Komma ersetzt.

cc) Folgende Nummer 13 wird angefügt: „das Aufsuchen von Grüngutsammelstellen und Wertstoffzentren.“

4. § 5 wird wie folgt geändert:

Absatz (10) wird wie folgt gefasst:

„Die Betreiber oder sonstige Verantwortliche von den Betrieben, Ladenlokalen, Wochenmärkten, Einrichtungen oder Anlagen, die nach den Absätzen 1 bis 9 nicht untersagt sind, haben den Zugang nach Maßgabe des § 1 unter Vermeidung von Warteschlangen zu steuern. Sie haben sicherzustellen, dass in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich

1. das Personal eine Mund-Nasenbedeckung trägt, sofern keine gesundheitlichen Gründe oder arbeitsschutzrechtlichen Bestimmungen entgegenstehen und keine andere gleichwertige Infektionsschutzmaßnahme gewährleistet werden kann,
2. die Kunden ab Vollendung des zehnten Lebensjahres, sofern gesundheitliche Gründe nicht entgegenstehen, beim Aufenthalt im Betrieb, im Ladenlokal, auf dem Wochenmarkt, in der Einrichtung oder der Anlage und im jeweiligen Wartebereich eine Mund-Nasenbedeckung tragen; § 1 Satz 6 gilt entsprechend,
3. die Einhaltung von Hygienemaßnahmen nach den Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts gewährleistet ist.“

5. § 14 wird wie folgt geändert:

Nach der Angabe „§§ 2 bis 13“ werden die Wörter „mit Ausnahme des § 5 Absatz 10 Satz 2 Nummern 1 und 2“ eingefügt.

Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 27. April 2020 in Kraft.

Saarbrücken, den

Die Regierung des Saarlandes:

Der Ministerpräsident

Die Ministerin für Wirtschaft, Arbeit
Energie und Verkehr

(Hans)

(Rehlinger)

Der Minister für Finanzen und Europa
Der Minister der Justiz

Der Minister für Inneres, Bauen und Sport

(Strobel)

(Bouillon)

Die Ministerin für Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie

Die Ministerin für Bildung und Kultur

(Bachmann)

(Streichert-Clivot)

Der Minister für Umwelt
und Verbraucherschutz

(Jost)